

Regierungserklärung

Abgegeben vor dem Landtag Brandenburg von Ministerpräsident Manfred Stolpe am 18. November 1994

In der letzten Legislaturperiode haben wir gemeinsam die Grundlagen dafür gelegt, daß Brandenburg eine der Zukunftsregionen in einem vereinigten Europa werden kann.

Die Weichen dazu haben die Bürgerinnen und Bürger Ostdeutschlands 1989 selbst gestellt. Sie wollten einen grundsätzlichen Wandel der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie haben sich die Freiheit des Denkens, die Freiheit der Rede, die Freiheit des Reisens, vor allem aber die Freiheit des Handelns erkämpft.

Seit vier Jahren gestalten die Menschen in Brandenburg aktiv ihre Zukunft - in der Politik, in der Verwaltung, im Handwerk, in der Landwirtschaft und der Industrie, in Schulen, Hochschulen und Kultur überall, wo man ihnen die Chance gibt.

Für die meisten jedoch war das kein Spaziergang: Denn die notwendige Umgestaltung unserer Wirtschaft führte zunächst zu schwerwiegenden Einbrüchen.

Unsere Industrie verlor die wichtigsten Märkte im Osten und sah sich über Nacht der Konkurrenz im Westen ausgesetzt. Zwei Drittel unserer Industriearbeitsplätze sind dabei weggebrochen - ein Verlust, der durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze noch längst nicht wettgemacht werden konnte.

Der Mittelstand hat sich zwar außerordentlich gut entwickelt, doch er ist gefährdet: Die Finanzdecke ist meist noch zu dünn, Absatzmöglichkeiten müssen oft erst mühsam gewonnen werden.

Die kulturelle Landschaft ist gerade in ihren lokalen Strukturen noch nicht wieder gefestigt. Obwohl in Brandenburg Wissenschaft und Forschung durch Neugründungen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen stabilisiert wurden, sind auch hier viele Arbeitsplätze verlorengegangen.

Auch fast fünf Jahre nach dem Zusammenbruch der alten Wirtschafts- und Sozialordnung ist die Arbeitslosigkeit noch viel zu hoch, die Gefahr von Abwanderungen noch nicht gebannt und sind Zukunftsängste noch nicht bewältigt. Der drastische Geburtenrückgang hat hier sicher eine Ursache.

Aus dieser Lage ergeben sich die Aufgaben und Schwerpunkte unserer Politik für die nächsten fünf Jahre:

Unsere wichtigste Aufgabe bleibt: Wir müssen noch mehr zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen, indem wir

- bestehende Betriebe konsolidieren,
- innovative Unternehmen neu ansiedeln,
- den Mittelstand fördern,
- die industriellen Kerne und landwirtschaftlichen Unternehmen modernisieren und umstrukturieren.

Wir wollen unsere Arbeitsfördermaßnahmen noch wirkungsvoller einsetzen, indem wir sie wirtschaftsnäher und zielgruppenorientierter gestalten. Dann haben auch diejenigen eine Chance zur Rückkehr ins Arbeitsleben, die jetzt noch außen vor bleiben.

Wir wollen den Anspruch auf bezahlbaren Wohnraum in lebenswerten Städten sichern und die Menschen vor Vertreibung schützen.

Wir wollen unsere Jugend als Partner für den Aufbau des Landes gewinnen. Deshalb brauchen wir optimale Bildungsangebote an Schulen, in Betrieben und an Hochschulen. Wir müssen ihnen zugleich Freizeitmöglichkeiten anbieten, die ihre Phantasie und Kreativität herausfordern und ihnen die Chance geben zur Mitgestaltung und Mitverantwortung.

Wir wollen das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat weiteraufbauen. Rechtsentscheidungen müssen so zügig wie möglich erfolgen und für die Bürger nachvollziehbar sein. Und: Die Menschen müssen wirksam vor Gewalt und Kriminalität geschützt werden.

Die Fundamente für die Zukunft unserer Region haben wir in den letzten vier Jahren alle gemeinsam gelegt. Die Ergebnisse können sich sehen lassen:

- Das verarbeitende Gewerbe konnte in diesem Jahr von Januar bis Juli seine Umsätze gegenüber dem Vorjahr um 20% steigern. Die Aufträge übertrafen das Vorjahresniveau sogar um 26 %.
- Im Baugewerbe lagen die Umsätze in den ersten 7 Monaten des Jahres sogar um gut 30 % über dem Vorjahresniveau.
- In der Landwirtschaft konnten die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um etwa 200 Mio auf 3,2 Mrd DM erhöht werden.
- Drei Universitäten, eine Film- und fünf Fachhochschulen bieten die Voraussetzungen für eine optimale Ausbildung der nächsten Generation.
- Bei der Gestaltung lebenswerter Dörfer und Städte konnten viele Fehler der letzten Jahrzehnte korrigiert werden.
- Mit der Ämter- und Kreisneugliederung ist der erste Schritt zu einer strafferen Verwaltung getan; die Funktionalreform wird Kommunen mit mehr Selbstverantwortung schaffen, die bürgernah, transparent und kostengünstig arbeiten.

Wir werden weiter erfolgreich sein, wenn es uns gelingt, alle die Potentiale zu entfalten, die die Lebensfähigkeit unserer Region in der Zukunft bestimmen werden:

Unser größtes Potential sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger selbst. Sie haben in den letzten Jahren ihre Leistungsfähigkeit und Qualifikation, ihre Belastbarkeit und Flexibilität, vor allem aber ihre Geduld und Phantasie im Umgang mit der neuen Lebenssituation bewiesen. Nicht wenige Investoren entscheiden sich für Brandenburg wegen der Kraft der Menschen, die hier leben.

Deshalb muß es uns gelingen, den Menschen hier eine gute Zukunftsperspektive zu bieten - in den Städten und auf dem Lande.

Es muß uns gelingen, unsere Brückenfunktion zu den mittel- und osteuropäischen Staaten zu nutzen und

von einer gemeinsam gestalteten Wechselbeziehung mit der Bundeshauptstadt Berlin in unserer Mitte zu profitieren.

II.

Unsere Rolle in Deutschland und in Europa werden wir so gut ausfüllen, wie wir unsere Herausforderungen im Lande bewältigen.

Zuallererst müssen wir Rahmenbedingungen schaffen, die möglichst vielen Menschen den Wunsch nach einem sicheren Arbeitsplatz erfüllen.

Unser wichtigstes Ziel ist deshalb:

In Handwerk und Landwirtschaft, in Dienstleistung und Industrie müssen so viele dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen werden, daß die Arbeitslosenquote in Brandenburg unter 10 % gedrückt wird. Dieses Ziel ist ehrgeizig, aber es ist zu schaffen.

Voraussetzung ist dafür eine Einstiegschance in den Arbeitsmarkt für jeden.

Wir wollen, daß jeder Jugendliche hier in Brandenburg einen Ausbildungsplatz erhalten kann und seine Wünsche dabei weitgehend berücksichtigt werden. Die Berufsausbildung von Mädchen werden wir weiterhin verstärkt fördern.

Denn wir benötigen Arbeitsplätze für Männer und Frauen. Beschäftigungspolitik in Brandenburg wird sich nicht auf geschickte Arithmetik beschränken, die die Frauen aus der Statistik einmal heraus- und einmal hineinrechnet. Wir wollen durch modellhafte schulische und außerschulische Maßnahmen erreichen, daß junge Frauen im Vergleich zu jungen Männern bei ihren Ausbildungsvorstellungen nicht von vornherein zurückstecken müssen.

Unser Gleichstellungsgesetz wird in Zukunft dazu beitragen, daß im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft eine frauengerechte Personalpolitik tatsächlich realisiert wird.

Wir werden Frauen zur Gründung eigener Unternehmen ermutigen und sie dazu befähigen durch die Unterstützung paßgerechter Fortbildungsprogramme vor allem auch im ländlichen Raum.

Wir müssen dafür sorgen, daß neben den alleinerziehenden Müttern auch Ältere und Behinderte Chancen auf Arbeit haben. Unser zielgruppenorientiertes Landesprogramm "Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg" greift bereits.

Gemeinsam mit der Bundesanstalt für Arbeit legen wir außerdem ein Sonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Förderung des Ausbildungsangebotes für Schwerbehinderte auf. Ein Schwerpunkt ist die Arbeit in geschützten Abteilungen und in Behindertenwerkstätten.

Wir müssen die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze dort schaffen, wo die meisten verloren gegangen sind.

Der Weg dorthin führt über eine koordinierte und integrierte Ansiedlungspolitik für das ganze Land Brandenburg.

Sie muß vor allem im internationalen Rahmen eng mit Berlin abgestimmt werden. Die Wirtschaftsförderung Brandenburg und die regionalen Wirtschaftsförderergesellschaften werden wir stärken und mit den Kreisen und Gemeinden noch enger verzahnen. Die

Abstimmung dieser Wirtschaftsförderinstrumente mit der Wirtschaft werden wir ebenfalls intensivieren.

Die Ansiedlungspolitik muß eine möglichst gleichwertige Entwicklung aller Teilräume garantieren. Dafür werden regionale und sektorale Schwerpunkte gebildet, die die Leitbilder der Dezentralen Konzentration und der integrierten ländlichen Entwicklung berücksichtigen müssen. Dazu werden wir die Fördermittel entsprechend differenziert einsetzen.

Weiter muß alles getan werden, um Investitionshemmnisse abzubauen:

In den Grundbuch- und Katasterämtern sowie den Ämtern für offene Vermögensfragen haben investive Maßnahmen weiterhin Vorrang. Investitionswillige Unternehmen brauchen rasche und effektive Wege durch bürokratisches Dickicht. Die Landesregierung wird deshalb sicherstellen, daß über Investitionsvorhaben mit landespolitischer Bedeutung sehr rasch entschieden wird. Wo dies nicht möglich ist, wird umgehend die Strukturgruppe befaßt, die die Widersprüche auflöst oder dem Kabinett eine Entscheidung vorschlägt. Korrekt beantragte Verfahren sollen innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen werden.

Die ehemals preußischen Vermögenswerte sind für Brandenburg unverzichtbar. Wir führen deshalb Verhandlungen mit der Bundesregierung, um unseren Rechtsanspruch durchzusetzen, der sich auch auf weite Teile des Bodenfondsvermögens erstreckt. Gelingt uns dies nicht, gehen wir zum Bundesverfassungsgericht.

Die industriellen Kerne müssen entwickelt, umstrukturiert und modernisiert werden. Nur attraktive und konkurrenzfähige Standorte haben eine Zukunft.

Wirklich stabil kann unsere Wirtschaft nur sein, mit einem gesunden Mittelstand und insbesondere einem breiten Spektrum an Handwerksbetrieben.

Deshalb gilt:

- Die wirtschaftliche Existenz von Einzelhandelsgeschäften in den Innenstädten darf nicht durch überdimensionierte Großmärkte auf der grünen Wiese in Gefahr gebracht werden. Dies soll die Maxime unserer Ansiedlungspolitik sein.
- Bei Ausschreibungen der öffentlichen Hand sollen heimische mittelständische Unternehmen eine reelle Chance haben: Durch Vergabe möglichst kleiner Losgrößen, Berücksichtigung aller einzelnen Gewerke und Unterstützung von Bietergemeinschaften.

Handwerkerhöfe, die Neueinsteigern der unterschiedlichsten Gewerke den Sprung in die Selbständigkeit erleichtern, haben unsere Unterstützung.

- Unser Liquiditätssicherungsprogramm für Existenzgründer soll fortgesetzt und erweitert werden.
- Sichere Arbeitsplätze können aber nur entstehen, wo wettbewerbsfähige Produkte angeboten werden.
- Brandenburgs Chancen liegen darin, daß wir nicht versuchen, die alte Bundesrepublik der siebziger Jahre einzuholen, sondern an die chancenreichen Entwicklungen der neunziger Jahre anknüpfen:
- Wir brauchen neueste Technologien und den forcierten Einstieg in eine ökologische Kreislaufwirtschaft.

- Mit unserer "Technologieinitiative Brandenburg" schaffen wir Voraussetzungen für die überregionale Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft:
- Das geht nur mit gut ausgebildeten Fachkräften und qualifiziertem Management. Hier unterstützen wir Betriebe und außerbetriebliche Bildungsstätten.
- Die Technische Universität Cottbus ist bereits jetzt neben dem Forschungsstandort Potsdam und den fünf Fachhochschulen ein Zentrum der anwendungsnahen wissenschaftlichen Ausbildung und unser Zentrum für Technologietransfer, von dem starke Impulse für die Erneuerung der Wirtschaftsstruktur ausgehen.
- Durch ein Netz von Technologietransfer stellen sollen anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung in Unternehmen, an Fachhochschulen und Universitäten noch besser und schneller verzahnt werden.
- Brandenburgs Innovationskraft braucht einen kurzen Weg von der Forschung zum marktfähigen Produkt: Durch gezielte Förderung wird die Markteinführung von technologieorientierten Produkten beschleunigt.
- Die Telekom baut seit der Wende in Brandenburg flächendeckend eines der weltweit modernsten Hochleistungsnetze für Breitbandkommunikation auf. Damit wird auf dem gleichen Netz die Übertragung von Bildern, Sprache, Text und Daten möglich. Der Landtag und die Landesregierung nehmen durch die Errichtung eines integrierten Telekommunikationsnetzes bereits an dieser Entwicklung teil.

Neue Kommunikationstechnologien bestimmen auch die zukünftigen Entwicklungen in der Medienbranche. In der Film-, Video- und Fernsehproduktion werden ebenso gänzlich neue Wege beschritten wie in der Übertragungstechnik. Die Landesregierung fördert diese Entwicklungen, denn Medienpolitik ist heute gleichzeitig Struktur- und Standortpolitik.

In Babelsberg fördern und unterstützen wir den Ausbau der traditionsreichen Filmstadt zu einem europäischen Medienzentrum. Neben anderen hat sich der Ostdeutsche Rundfunk dort bereits fest etabliert.

Die Konversion der ehemals von der Westgruppe genutzten Liegenschaften eröffnet neue enorme Ressourcen für Wohnen, Investieren, Gestalten und für den Naturschutz. Die Sanierung der Flächen, die Umwandlung der militärischen Anlagen für Wohnungen und Gewerbe bieten große Chancen, Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem für den Mittelstand.

Der Großflughafen Berlin-Brandenburg und die Transrapidstrecke Berlin-Hamburg sind die größten technologischen und infrastrukturellen Herausforderungen der kommenden Jahre für unser Land.

Der Großflughafen ist das bedeutendste Investitionsvorhaben unseres Landes: Er wird einige zehntausend Arbeitsplätze schaffen und für die Gesamtentwicklung der Region Brandenburg-Berlin ein entscheidender Antriebsfaktor werden. Die Landesregierung wird deshalb auf eine schnelle Standortentscheidung drängen.

Dem Transrapid stehen wir mit großer Skepsis gegenüber. Wir können dem Vorhaben nur dann näher treten, wenn die Brandenburger Interessen im Hinblick auf ökologische Verträglichkeit sowie auf eindeutige wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Vorteile verlässlich gesichert sind. Außerdem darf ein Transrapidbau nicht zu Lasten der Bundesförderung von Schiene und Straße erfolgen.

Wir brauchen "qualitatives Wachstum". Nur eine ökologische, ressourcenschonende Volkswirtschaft kann auch die Technologien entwickeln, die die Arbeitsplätze des nächsten Jahrhunderts schaffen.

Der Aufbau einer Kreislaufwirtschaft senkt langfristig die Produktionskosten der Unternehmen und eröffnet neue Absatz und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Landesregierung wird deshalb mit einem Aktionsprogramm Umweltwirtschaft brandenburgische Umweltunternehmen bei der Vermarktung ihrer Produkte verstärkt unterstützen.

Technologische Erneuerung und umweltpolitische Zielsetzungen verbinden sich beispielhaft in den Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz etwa bei der Kraft-Wärme-Kopplung.

Die Landesregierung bekennt sich zur weiteren Nutzung der Braunkohle als wichtigstem einheimischen Energieträger. Wir werden zusätzliche Haushaltsmittel für den Bau von Braunkohleheizkraftwerken mit modernster Technologie bereitstellen und, wenn nötig, alle Möglichkeiten nutzen, sie als energiepolitischen Schwerpunkt durchzusetzen.

Mit Berlin muß eine Einigung zur Einbindung in die Energienetze und zur Nutzung von Braunkohle erzielt werden. Diese Einigung kann und muß bei der Bildung eines neuen Landes Brandenburg mit Berlin gefunden werden.

Land- und Forstwirte tragen zur Bewahrung und Pflege der Kulturlandschaft bei. Sie erhalten nicht nur einen Wirtschaftsraum, sondern schützen die Landschaft vor Verödung und bewahren Naturräume für erholungssuchende Menschen.

Wir wollen die Attraktivität der ländlichen Gebiete und ihrer Dörfer als Lebens-, Wirtschafts- Sozial- und Erholungsraum erhöhen. Mit dem Wiederaufbau unserer Viehbestände, der Erweiterung der Obst- und Gemüseerzeugung und durch dezentrale Verarbeitung und Vermarktung werden wir neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen. Zusammen mit den Marktpartnern können wir den Absatzmarkt für brandenburgische Nahrungsmittel im Großraum Berlin noch besser erschließen.

Unsere Agrarpolitik ist Teil einer übergreifenden Entwicklungspolitik im ländlichen Raum, die alle Möglichkeiten in der Flurneuordnung, der Dorferneuerung,

der infrastrukturellen Erschließung und nicht zuletzt der Schaffung von Arbeitsplätzen im kleingewerblichen Bereich nutzt.

Wir werden auch in der begonnenen Legislaturperiode die Konsolidierung unserer landwirtschaftlichen Unternehmen fortsetzen. Unsere Forderungen nach Ablösung von Altschulden und gleichen Chancen in der Förderung - ungeachtet der Betriebsformen und Betriebsgrößen - bleiben auf der Tagesordnung.

Etwa ein Drittel unserer Landesfläche ist Wald, eine bedeutende wirtschaftliche und naturnahe Ressource für die Entwicklung unseres Landes. Um ihn zu stabilisieren und zu fördern, werden wir den begonnenen Umbau unserer vernachlässigten Kiefernbestände in Mischwaldkulturen fortsetzen.

Mit seinen vielfältigen Naturreichtümern und seiner Kulturlandschaft hat Brandenburg alle Voraussetzungen für den Ausbau des Tourismus, der erhebliche Beschäftigungsreserven bietet.

Die Landesregierung wird deshalb im Fremdenverkehr alle Fördermöglichkeiten für die Verbesserung der touristischen Infrastruktur weiter entwickeln helfen.

Marketinginitiativen müssen neben den kulturhistorischen Anziehungspunkten vor allem die charakteristischen Reize der einzelnen Regionen vermitteln - wie zum Beispiel vom Spreewald, der Uckermark, der Schorfheide, der Prignitz bis zum Havelland. Hier ist das Engagement und die Kreativität der Kommunen und Fremdenverkehrsverbände gefragt.

Mit den wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten haben wir alle Chancen, eine drastische Senkung der Arbeitslosigkeit zu erreichen.

ABM, Fortbildung, Umschulung und Qualifizierung und als wichtigstes die Nutzung des Lohnkostenzuschusses Ost nach § 249 h AFG auf hohem Niveau sind weiterhin erforderlich.

Auf diesem Feld darf sich der Bund nicht aus der Verantwortung stellen. Nur mit Hilfe dieses Instrumentariums und Hilfen des Bundes können wir die Übergangsarbeitsmärkte erhalten und den neuen Anforderungen in Dienstleistung und Industrie gerecht werden.

Unser Landesprogramm "Qualifizierung und Arbeit" bleibt in Kraft und wird für wirtschaftsnahe und zielgruppenorientierte Förderung verstärkt: vor allem bei der Sanierung von Industriestandorten, der Rekultivierung im Braunkohletagebau, der Waldpflege und im Kultur-, Sozial- und Denkmalschutzbereich.

In Bonn werden wir unsere gestärkte Rolle dazu nutzen, alle wirtschaftspolitisch sinnvollen Möglichkeiten für eine solidarische Arbeitsmarktpolitik - von Jobsharing bis zu Teilzeitmodellen - zu fördern.

Denn wenn einige in der Bundesregierung meinen, in der Streichung von Mitteln für die Arbeitsmarktpolitik läge unser finanzpolitisches Heil, die sparen den Pfennig, um dann die Mark zu verlieren.

Die Regierenden in Bonn werden dazu beitragen, daß unsere Gesellschaft kälter und ärmer wird: Das Kulturgut Solidarität droht verloren zu gehen. Dies ist eine beängstigende Vorstellung in der Bundesrepublik, die sich auf christlich-abendländische Grundwerte beruft.

Wir werden nicht weniger, sondern mehr Phantasie entwickeln müssen, um Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu einem wirksamen Instrument zu machen:

Warum sollen nicht Arbeitsangebote der Kommunen für Arbeitslose zugleich der Verbesserung nachbarschaftlicher Hilfen und Beziehungen dienen? Kann nicht Stadt- und Dorferneuerung gezielt auch das örtliche Arbeitsplatzangebot erweitern und auf diese Weise eine sozial gut ausgestattete Kommune zu einer standortpolitischen Empfehlung machen? Was spricht gegen die Unterstützung von Eigeninitiativen im sozialen und wissenschaftlichen Bereich durch Projektförderung?

III.

Wer die Menschen im Land halten und Investoren ins Land ziehen will, muß auch ein kulturelles und soziales Umfeld schaffen, das erst die Basis für positive Lebens- und Investitionsentscheidungen bietet. Attraktive Lebensbedingungen sind positive Standortfaktoren.

Brandenburg soll ein Land sein, in dem man leben möchte.

- weil die eigenen Kinder dort in guten Schulen unterrichtet werden,
- weil in Betrieben und an den Hochschulen eine zukunftsorientierte Ausbildung angeboten wird,

- weil Wohnungen in einer gesunden natürlichen Umwelt und in lebenswerten Dörfern und Städten angeboten werden,
- weil für jedermann erreichbare Theater, Bibliotheken und Museen sich zu einer attraktiven kulturellen Landschaft ergänzen,
- weil die Wirtschaftspolitik sich um qualitatives Wachstum bemüht, das Arbeitsplätze erhält und mit Ressourcen sparsam umgeht,
- weil man in Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität leben kann.

All dies ist nicht zum Nulltarif zu haben. Wie alle neuen und mittlerweile viele alte Länder ist Brandenburg in dieser Legislaturperiode zur Quadratur des Kreises gezwungen: Land und Kommunen dürfen sich nicht längerfristig durch eine zu hohe Verschuldung lähmen, ohne zugleich auf den wirksamen Entwicklungsmotor der öffentlichen Investitionen zu verzichten.

Wir nehmen diese finanzpolitische Herausforderung an:

Brandenburg hat in der ersten Legislaturperiode bundesweit mit fast 9.000 DM pro Einwohner die höchsten Investitionsleistungen aller Länder erbracht: Insgesamt über 22 Milliarden DM. Wir wollen unsere Investitionsoffensive auf hohem Niveau fortsetzen und den wirtschaftlichen Aufbau Brandenburgs mit hohem Tempo vorantreiben.

Die Förderung des Landes bei kommunalen und privaten Investitionen laufen über die Investitionsbank. Wir werden mit Hilfe der Sparkassen als Partner dieses Institut zu einer Strukturförderereinrichtung und zu einer Hausbank des Landes, einer Landesbank also, ausbauen.

Kehrseite der investiven Anstrengungen in den ersten vier Jahren des Aufbaus war eine hohe Verschuldung. Wir haben dies angesichts fehlender anderer Einnahmemittel in Kauf genommen, da wir überzeugt sind, dass sich diese Investitionen auszahlen werden.

Durch die Mehreinnahmen aus der Neuordnung des Länderfinanzausgleichs ab 1995 und durch strenge Ausgabenbegrenzung werden wir die Nettokreditaufnahme drastisch zurückführen: auf unter drei Milliarden im nächsten Jahr, bis zum Ende der Legislaturperiode auf eine Milliarde DM. Wir wollen dies ohne wesentliche Abstriche bei den Investitionen erreichen.

Die jährlichen Berichte des Landesrechnungshofes, für dessen kritische Begleitung ich mich an dieser Stelle herzlich bedanke, bestätigen mich in diesem Kurs. Wir werden diesen Hinweisen nachgehen, wie wir zum Beispiel hinsichtlich der Grundstückseinkäufe für den Flughafen Schönefeld einen möglichen Untersuchungsausschuß aktiv unterstützen werden.

Auch die Kommunen müssen auf diesen Weg der Konsolidierung einschwenken. Wir haben den Kreisen und Gemeinden in den letzten Jahren um 15 Prozent mehr Landesmittel zur Verfügung gestellt als die übrigen neuen Länder. Der messbare Erfolg ist die im Ländervergleich bisher niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung der kommunalen Ebene bei deutlich höherer Investitionskraft. Das Land wird auch künftig nach seinen Kräften die finanzielle Lage der Kommunen stabilisieren.

Wir werden in den nächsten Jahren wo es geht auf Sparsamkeit setzen müssen, jedoch nicht an der falschen Stelle. Ich bin davon überzeugt, daß unser investiver Kurs richtig ist.

Ziel unserer Städtebaupolitik ist es, eine städtische Infrastruktur zu schaffen, die zum Leben, Arbeiten und Investieren einlädt.

Es gibt auch einen Zusammenhang zwischen städtischer Gestaltung und innerem Frieden. Wir sind uns dieses Zusammenhanges, der sich gerade in der Aggressivität mancher ihrer jungen Bewohner manifestiert, bewußt und bemühen uns deshalb, ein menschenwürdiges und friedensstiftendes Umfeld zu schaffen. Die Landesregierung will dieses Ziel durch die Förderung integrierter Standortprogramme erreichen, die alle Einzelmaßnahmen zu einem koordinierten städtebaulichen Gesamtkonzept bündeln. Denkmalschutz und Denkmalpflege sind hier neben ihrer kulturpolitischen Bedeutung wichtige Eckpfeiler.

Wohnungspolitik muß immer auch Sozialpolitik sein. Dazu bekennt sich das Land in seiner Verfassung. Der Neubau sowie die Modernisierung und Instandsetzung von Wohnungen bleiben deshalb erstrangige Schwerpunkte der Landespolitik.

In diesem und in den folgenden Jahren sollen jeweils 15.000 neue Wohnungen entstehen, davon mindestens die Hälfte mit Hilfe öffentlicher Förderung.

Die Landesregierung wird deshalb das Niveau der Wohnungsbaufördermittel halten. Neubau, Modernisierung und Instandsetzung werden mit Vorrang in Innenstädten und in Siedlungen des komplexen Wohnungsbaus gefördert. Die Gebäude, die bisher von den GUS-Streitkräften bewohnt wurden, sind ein zusätzliches Potential, das es nutzbar zu machen gilt.

Wohnen muß sicher und bezahlbar bleiben. Für die Landesregierung gilt weiterhin der Grundsatz, daß die Mieten nicht schneller steigen dürfen, als es die Einkommen zulassen.

Die Landesregierung wird bei der Privatisierung kommunaler und genossenschaftlicher Wohnungen darauf hinwirken, daß den Mietern, die Wohnungen kaufen wollen und können, die mögliche Hilfe gewährt und denen, die nicht kaufen können, der notwendige Schutz ihrer Wohnung gesichert wird. Die Landesregierung wird auch darauf hinwirken, daß die Privatisierungskonzepte der Treuhand ergänzt werden. Nicht nur einzelnen, sondern auch Zusammenschlüssen von Mietern soll der Kauf ermöglicht werden. Hier kann die Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens ein Ansatz sein.

Die Erwerber und Nutzer von Grundstücken aus der Zeit vor der Wende müssen immer noch in Unsicherheit leben. Brandenburg hat deshalb beim Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen den Stichtag im Vermögensgesetz erhoben, weil es ihn für ungerecht hält.

Wir setzen uns auch weiter für eine sozialverträgliche Regelung der offenen Vermögensfragen ein. Eine Vertreibung der derzeitigen Nutzer von ihren Grundstücken über die Höhe der Pachtzinsen darf nicht stattfinden. Wir werden im Bundesrat für eine Verlängerung des generellen Kündigungsschutzes bei Eigenbedarf unter Einbeziehung von Einliegerwohnungen kämpfen.

Bis zum Jahr 2000 wollen wir in Brandenburg schrittweise ein modernes Verkehrssystem schaffen. Leistungsfähige Verkehrswege sind eine wesentliche Voraussetzung für den Aufschwung der Wirtschaft.

Der Straßenverkehr ist und bleibt unverzichtbar für die Erschließung der schwach besiedelten Regionen und als Ergänzung des Schienenverkehrs. Aber nur ein umweltverträglicher Ausbau rechnet sich auf Dauer. Umweltverträglichkeit heißt auch Schutz der Menschen. Wir werden deshalb einen Schwerpunkt auf den Bau von Ortsumgehungen und die Instandsetzung von Brücken legen. Zugleich verfolgen wir das Ziel, insbesondere den Güterverkehr verstärkt von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

Die Regionalisierung des Personenschienenverkehrs stellt das Land vor eine große Herausforderung, die wir mit dem Regionalbahnkonzept "Zielnetz 2000" annehmen. Die Strecke Frankfurt (Oder)-Berlin wurde im Mai 1993 in Betrieb genommen und wird stark frequentiert. Im Frühjahr 1995 wird die Strecke Brandenburg-Potsdam-Berlin mit 37 Minuten Fahrzeit die nächste Ausbaustufe sein. Sorgen machen uns noch die durch den Mauerbau unterbrochenen Verbindungen nach Hennigsdorf, Falkensee und Teltow. Ihre Wiederherstellung muß eine Vorrangaufgabe für den Bund sowie die Länder Brandenburg und Berlin sein.

Für Brandenburg mit seinem verzweigten Netz an Wasserstraßen bleibt die Schifffahrt ein wichtiger Faktor; wir brauchen deshalb Kanäle. Über das Projekt 17 Deutsche Einheit - den Ausbau der Kanäle und Teile der Havel zur Erreichbarkeit Berlins mit sogenannten Euro-Schiffen haben wir noch nicht abschließend entschieden. Wir sind dabei zu klären, ob der wirtschaftliche Nutzen den ökologischen Schaden rechtfertigt.

Umweltpolitik in Brandenburg hat Verfassungsrang. Neben der Beseitigung der Schäden der Vergangenheit liegt ihre Aufgabe darin, für den Schutz und die Stabilisierung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu sorgen.

Ein Ziel der Landesplanung muß sein, mit den zur Verfügung stehenden Flächen verantwortlich und sparsam umzugehen. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die unzerstörten und großräumigen Landschaften mit ihrer einmaligen Tier- und Pflanzenwelt gehören zum "Tafelsilber", das das Land Brandenburg in die deutsche Einheit eingebracht hat. Dieses Erbe gilt es zu bewahren, zu schützen und zu entwickeln.

Wir wollen unsere Naturschutzpolitik nicht gegen, sondern mit den Nutzern - insbesondere mit den Land- und Forstwirten gestalten. Wir streben an, 10% der Landesfläche als Naturschutzgebiete und 30% als Landschaftsschutzgebiete auszuweisen. Brandenburg nimmt dann einen guten Platz unter den Bundesländern ein.

Naturschutz darf nicht an Ländergrenzen halt machen. Der Nationalpark "Unteres Odertal" soll gemeinsam mit Polen entwickelt und als Symbol der internationalen Verständigung und des grenzüberschreitenden Naturschutzes errichtet werden.

Steigende und zum Teil überhöhte Abwasserpreise sind gegenwärtig ein großes Problem in allen neuen Bundesländern. Hier müssen wir Fehler der Vergangenheit korrigieren und den Betroffenen helfen. Hier sind die Kommunen in der Verantwortung. Die Landesregierung wird sie jedoch nicht allein lassen. Wir müssen deshalb gemeinsam mit den Verbänden und Kommunen ein Lösung finden, mit der wir sozialverträgliche Abwasserpreise sichern.

Die Kommunen brauchen nicht unbedingt die modernste technisch mögliche Lösung, sondern diejenige, die unter ihren räumlichen, ökologischen und finanziellen Bedingungen sinnvoll ist. Im dünn besiedelten Raum sollten die strengen EU-Normen zunächst zeitlich gestreckt werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Mit der Erhaltung und Verbesserung der sozialen Strukturen vor allem für alte und kranke Menschen übernehmen wir Verantwortung für die Schwächeren in unserer Gesellschaft.

Gegenüber den älteren Menschen, die ihre Jugend im Krieg verloren, das Land nach dem Krieg aufgebaut und die Einschränkungen der DDR ertragen haben, stehen wir in einer besonderen Dankespflicht.

Zu einem würdigen Lebensabend gehören gesellschaftliche Integration in einer lebenswerten Umgebung und die Sicherheit einer guten Versorgung im Krankheits- und Pflegefall. Unser Investitionsprogramm für Pflegeeinrichtungen werden wir absichern. Den Kommunen geben

wir Orientierungshilfe, um auf eine landesweit ausgewogene Entwicklung ihrer Infrastruktur im Bereich der sozialen Dienste hinzusteuern. Unser Altenpflege-Bauprogramm wird um Pflegeeinrichtungen für Behinderte, psychisch Kranke und pflegebedürftige Suchtkranke ergänzt.

Das Land wird sich außerdem mit einem finanziellen Anteil von 40% am Bau der fehlenden Wohnungen für betreutes Wohnen für ältere Menschen und Behinderte beteiligen.

Durch unsere Investitionen im Krankenhaus- und Altenheimbau werden wir die Pflegesituation verbessern. Indem wir einheimische Firmen und Produkte einsetzen, geben wir flächendeckend wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Impulse. Die Landesregierung wird ein familienpolitisches Programm vorlegen. Es soll der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dienen, Familien mit Kindern wirtschaftlich stärken und ein kindgerechtes soziales Umfeld sichern.

Dazu gehören die weitere Förderung von Familienferien und unsere Stiftung "Familie in Not". Bei der Betreuung in Kindertagesstätten haben das Land Brandenburg und die Kommunen Hervorragendes geleistet. Die Qualität der pädagogischen Arbeit konnten wir noch steigern. Der Rechtsanspruch auf einen Platz in der Krippe, im Kindergarten und im Hort für alle Kinder, deren Eltern es wünschen, bleibt weiterhin garantiert.

Bundespolitisch werden wir uns für eine eigenständige Alterssicherung von Frauen, die Reform des Familienrechts und für eine gerechte Kindergeldlösung einsetzen. In Brandenburg wollen wir ein besonderes Signal für Kinder setzen, indem alle Eltern bei der Geburt eines Kindes 1000,- DM erhalten. Mit einem Landesprogramm "Gesundheit von Mutter und Kind" wollen wir die Vorsorge, Früherkennung und Frühbehandlung bei Schwangerschaft, Geburt und im Kleinkindalter weiter verbessern.

Wir werden weiterhin den Aufbau von Jugendklubs, Jugendfreizeitstätten und Kinderhäuser vor Ort unterstützen, um die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu bereichern. Durch Modellprojekte und gezielte Hilfen wollen wir daran arbeiten, daß Jugendliche nicht zu gewalttätigen Mitteln greifen, um auf ihre Bedürfnisse aufmerksam zu machen. Dazu gehören auch die Förderung von Ausbildungsprojekten, Wohnangeboten sowie Selbsthilfeprojekte, die junge Menschen zur Gestaltung ihrer Freizeitsituation anregen sollen. Ebenso werden wir den internationalen Jugendaustausch ausbauen.

Der Sport ermöglicht es Jugendlichen, wichtige Erfahrungen für ihr Leben in der Gemeinschaft zu machen. Schwerpunkt der Sportpolitik der Landesregierung ist nicht zuletzt aus diesem Grund die Förderung des Breitensports und besonders des Schulsports, wobei dem Wettbewerb "Jugend trainiert für Olympia" besondere Bedeutung zukommt. Die Landesregierung wird aber auch den Spitzensport im Land weiterhin gezielt unterstützen.

Eine eigenständige brandenburgische Gesundheitspolitik wird sich künftig noch stärker an dem Grundsatz "Prävention und Rehabilitation vor Behandlung und Pflege" orientieren. Dies erfordert eine Aufhebung der starren Grenzen zwischen medizinischer Versorgung und sozialer Betreuung durch Selbsthilfeförderung und ambulante pflegerische Dienste.

Ein flächendeckendes Krankenhausinvestitionsprogramm wird in Abstimmung mit Berlin bis zum Jahre 2004 mit 350 Mio DM jährlich überall in Brandenburg moderne Krankenhäuser schaffen und eine qualitativ gute und zugleich wirtschaftliche Krankenhausversorgung sichern.

Die Identifikation mit dem kulturellen Erbe und Teilhabe an der kulturellen Entwicklung des Landes sind lebenswichtig für die Menschen in Zeiten wirtschaftlichen und politisch-sozialen Umbruchs.

Kulturförderung ist zugleich auch Wirtschaftsförderung; eine attraktive kulturelle Infrastruktur unterstützt Investitionsentscheidungen.

Die Landesregierung wird in ihrer Förderpolitik sorgfältig darauf achten, daß die Sogwirkung der Kulturmetropole Berlin nicht zur Verödung des kulturellen Lebens im Land führt; auf den jeweiligen Raum zugeschnittene Angebote müssen sich gegenseitig ergänzen.

Die Landesregierung prüft gegenwärtig, ob sich die Infrastruktur über ein Kulturinvestitionsprogramm sichern und ein Teil der Landesförderung über eine zweckgebundene Kulturpauschale dezentralisieren läßt. Darüber hinaus arbeiten wir an Modellversuchen zur Einführung von wirtschaftlichen Steuerungs- und Betriebsmodellen bei der Förderung von Kultureinrichtungen, die deren Autonomie und Eigenverantwortung stärken sollen.

Kulturelle "Leuchttürme" mit besonderer überregionaler Strahlkraft werden institutionell gefördert. Dazu gehören die Stiftungen Preußische Schlösser und Gärten und Brandenburgische Gedenkstätten, die Kleist-Forschungs- und Gedenkstätte sowie Schloß und Park Branitz; für Kloster Chorin und Stift Neuzelle wollen wir dies noch erreichen.

Genauso wenig dürfen die privaten und kommunalen Kulturinstitutionen, vor allem die Gegenwartskunst, ins finanzielle Abseits geraten. Wir bemühen uns deshalb zum Beispiel auch um die bessere Absicherung des Philharmonischen Orchesters und des Museums für junge Kunst in Frankfurt (Oder), des Kunstspeichers in Potsdam und des Brandenburgischen Literaturbüros.

Brandenburg hat die Rechte unserer sorbisch-wendischen Mitbürger auf eine gute gesetzliche Grundlage gestellt. Lassen Sie uns dieses Gesetz nun gemeinsam mit Leben erfüllen.

In den letzten vier Jahren haben wir in Brandenburg eine Schullandschaft aufgebaut, in der jedes Kind seine Bildungsmöglichkeiten voll ausschöpfen kann - unabhängig vom Geldbeutel, von der sozialen Herkunft oder der Region.

Der Erhalt einer Schulstruktur im ländlichen Raum, die bei stark zurückgehenden Geburtenzahlen allen Kindern bei entsprechenden Leistungen alle schulischen Abschlüsse eröffnet, ist eine große Herausforderung für die Landesregierung und die Kooperationsbereitschaft der Schulträger. Der an vielen Stellen immer noch erschreckende bauliche Zustand der Schulen macht große Anstrengungen nötig. Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die Chancen der jungen Menschen, aber auch der struktur-, standort- und arbeitsmarktpolitischen Bedeutung eines flächendeckend guten Schulsystems bewußt.

Die Rahmenbedingungen für die notwendigen Entwicklungen werden wir deshalb in einem neuen Landesschulgesetz definieren. Der Eltern- und der Schülerwille ist neben Fähigkeiten, Leistungen und Neigungen maßgebend für die Wahl der weiterführenden Schule. Angesichts der überwiegend ländlichen Struktur Brandenburgs und des starken Geburtenrückgangs müssen wir durch integrierte Schulformen sicherstellen, dass jedem Schüler und jeder Schülerin möglichst alle Bildungsgänge wohnortnah offen stehen und Chancengleichheit verwirklicht wird. Aufbauend auf der 6-jährigen Grundschule wollen wir die Gesamtschulen stärken. Zugleich ist bei entsprechenden Fähigkeiten, Leistungen und Neigungen der Zugang zum Gymnasium für alle Kinder möglich, deren Eltern es wollen.

Den Modellversuch Lebenskunde-Ethik-Religion werden wir in Kürze auswerten. Die bisherigen Erfahrungen ermutigen zur Fortführung. In jedem Falle bleibt das Recht der Kirchen auf einen von ihnen verantworteten Religionsunterricht gewahrt.

Besondere Beachtung werden wir den benachteiligten Kindern und Jugendlichen widmen, um sozialen Fehlentwicklungen vorzubeugen und Entwicklungschancen nicht zu behindern. Die gemeinsame Erziehung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ist ein richtiger Weg.

Die Landesregierung wird gemeinsam mit den Schulträgern die Situation im berufsbildenden Schulwesen nachhaltig verbessern. Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung soll nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in der Qualität der Oberstufenzentren zum Ausdruck kommen.

Wir danken den Lehrerinnen und Lehrern unseres Landes, die gerade in den letzten Jahren den Kindern und Jugendlichen hilfreiche Begleiter in einer Zeit der Unsicherheit und des Umbruchs waren. Nicht nur als Voraussetzung für ein gutes schulisches Angebot, sondern auch zur Absicherung ihrer eigenen beruflichen Zukunft müssen wir vor allem die Lehrkräfte an Grundschulen qualifizieren und absichern. Bei allen anstehenden Entscheidungen über Qualifizierungen und Eingruppierungen haben wir diese Gesamtleistung der brandenburgischen Lehrerschaft zu berücksichtigen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde die wissenschaftliche Infrastruktur umgestaltet und weiterentwickelt. Mit drei Universitäten, fünf Fachhochschulen, der Hochschule für Film und Fernsehen und mit den Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen entstand eine vielseitige, regional differenzierte Wissenschaftslandschaft. Damit wird Brandenburg als Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort gestärkt.

Insbesondere die fünf Fachhochschulen mit ihren berufsorientierten Studiengängen, praxisnaher Lehre und anwendungsbezogener Forschung unterstützen den wirtschaftlich-technologischen Umstrukturierungsprozeß der jeweiligen Region. Im Rahmen der Ausbauplanung 2000 wollen wir mindestens eine weitere Fachhochschule in einer bisher hochschulfernen Region des Landes gründen, wenn möglich, in Kooperation mit anderen Bundesländern.

Die Konsolidierung der neuen Hochschuleinrichtungen hat jetzt jedoch absoluten Vorrang. Als Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium benötigen Lehrer und Studenten zuerst leistungsstarke Bibliotheken, Laboreinrichtungen, Stipendien und ausreichende Wohnraumangebote. Hier nutzen wir die Möglichkeit der gemeinsamen Finanzierung des Hochschulbaus mit dem Bund.

Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Lehre und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses werden wir weiter verbessern. Ein mit Berlin abgestimmter Forschungs- und Entwicklungsplan wird vorbereitet.

Unsere Wissenschaftspolitik eröffnet Studierenden, wissenschaftlichem Nachwuchs und Hochschullehrern die Möglichkeiten, sich in die weltweite Wissenschaftlergemeinschaft einzubringen. Dort werden sie ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis stellen und hier in Brandenburg zur wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes beitragen können.

IV.

Zu den wichtigsten politischen Aufgaben der Landesregierung gehört es, den Bürgerinnen und Bürgern den Wert unserer demokratischen Rechtsordnung erfahrbar zu machen. Der tatsächliche Wert unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung erweist sich nicht durch theoretische Aussagen, sondern in der praktischen Erfahrung. Die Menschen werden diesen Staat nur dann als den ihren betrachten, wenn sie Vertrauen in die Wirksamkeit seiner Rechtsordnung haben.

Die Menschen müssen sicher sein, daß ihre persönlichen Rechte vor individueller Willkür und politischen Dogmen in allen Rechtsbereichen durch eine nur rechtsstaatlichen Grundsätzen verpflichtete Justiz geschützt werden. Ebenso muß ihnen dieser Rechtsstaat die Sicherheit geben, daß er sich der sozialen Gerechtigkeit als Ziel verpflichtet weiß. Dies wird in der Sozialgesetzgebung und am Respekt vor den in Jahren harter Arbeit erworbenen Besitzständen gerade der Menschen in Ostdeutschland ablesbar.

Brandenburg verfügt heute über eine funktionierende Justiz. Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Rechtssprechung setzt aber auch voraus, daß sie deren Tätigkeit in Rechtsangelegenheiten in ihrer Wirksamkeit konkret erfahren.

Unser Ziel muß deshalb eine zeitnahe und bürgerfreundliche Erledigung der Rechtsstreitigkeiten sein. Im Grundbuchwesen haben wir in dieser Hinsicht schon manches erreicht: Ein großer Teil des Antragsberges ist abgearbeitet: Seit 1992 bis zum September diesen Jahres konnten annähernd 600 000 Anträge erledigt werden. Monatlich etwa 20 000 Antragseingängen stehen heute bereits ca. 21 000 Erledigungen gegenüber. Rückstände werden weiter abgebaut, wichtige Investitionsvorhaben mit Vorrang behandelt. Auch im Handelsregisterbereich erreichen wir investitionsfördernde kürzere Bearbeitungszeiten.

Ebenso wichtig ist es, daß der Rechtsstaat für die Bürgerinnen und Bürger verständlich und seine Rechtsordnung nutzbar wird. Brandenburg wird sich darum bemühen, seine Landesgesetze klarer und einfacher zu gestalten. Unterstützend bietet die Landesregierung der Bevölkerung eine breite Information über das Recht und ihre Rechte an, dies z.B. durch das Angebot eines Rechtskundeunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat, in die Angemessenheit und Wirksamkeit seiner Gesetze darf nicht dadurch erschüttert werden, daß sich die Bürger nicht ausreichend vor Rechtsbrechern geschützt fühlen.

Spektakuläre Gewalttaten, Eigentumsdelikte und die zunehmende Bedrohung durch die organisierte Kriminalität beunruhigen die Menschen - nicht nur in Brandenburg. Die Landesregierung nimmt diese Sorgen ernst:

Der Jugendkriminalität gilt unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie hat ihre Ursache allzu häufig in beruflicher Perspektivlosigkeit. Hier müssen wir mit einem Ausbildungsplatzangebot für jeden Jugendlichen gegensteuern.

Ebenso wissen wir um die Kriminalität begünstigende Kraft eines schlechten kulturellen und sozialen Umfeldes. In der Kinder- und Jugendarbeit wollen wir deshalb weiter den Erhalt und den Aufbau der Strukturen vor Ort von Jugendclubs und Jugendfreizeitstätten unterstützen. Neben der Jugendarbeit sind die Weiterentwicklung und der Ausbau der Erziehungshilfen und anderer unterstützender Angebote in den Kreisen und Städten erforderlich und sollen auch weiter gefördert werden.

Wir werden außerdem 200 Polizisten fortbilden, die sich speziell mit dem Problem der Jugendkriminalität beschäftigen. Dies kann nur in enger Verzahnung mit der Jugendpflege erfolgreich sein.

Ein wirksames Mittel polizeilicher Prävention ist Präsenz. Im letzten Jahr wurden 1.000 Polizisten zusätzlich im Vollzugsdienst, d.h. auf der Straße eingesetzt. Im nächsten Jahr sollen noch einmal 300 hinzukommen, davon 180 bei der Kriminalpolizei.

Doch die Zahl allein ist nicht ausschlaggebend: Die Polizei muß noch besser in den Stand gesetzt werden, Straftaten zu verhindern und auf begangene Straftaten angemessen und nachhaltig zu reagieren:

Längerfristig ist hier das übergreifende und weitreichende "Konzept zur Stärkung des Inneren Friedens und der Inneren Sicherheit" angelegt. Mit den Maßnahmen der kommunalen Kriminalitätsvorbeugung, den Sicherheitspartnern und den Revierpolizisten hat die Landesregierung erste Schritte getan. Als nächstes werden bei der Polizei Dienstseinheiten gebildet, die sich ausschließlich mit Präventionsmaßnahmen befassen.

Zur Verbesserung der Vorbeugung und Ermittlung an den Brennpunkten der Massenkriminalität haben wir mehr Stellen für Schutz- und Kriminalpolizei in den Haushaltsplanentwurf 1995 eingestellt.

Mehr und besser geschultes Personal war und ist notwendig; zugleich müssen wir alle rechtsstaatlich vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Tätigkeit der Polizei zur rechtzeitigen Gefahrenabwehr und zur entschlossenen Täterverfolgung zu erleichtern.

Wir werden als erstes die rechtlichen Grundlagen für die Arbeit der Polizei verbessern, indem wir eine Neufassung des Polizeiaufgabengesetzes einbringen.

Wir werden die Zusammenarbeit mit der Berliner Polizei erheblich ausweiten und neben gemeinsamen Konzepten und Ermittlungsgruppen ein gemeinsam nutzbares polizeiliches Informations- und Kommunikationssystem zur Verbrechensbekämpfung entwickeln.

Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt setzt neben wirksamer Prävention auch die effektive Verfolgung der Täter sowie einen Strafvollzug voraus, der die spätere Integration der Menschen in die Gesellschaft ermöglicht.

Entscheidend kommt es im Bereich der Strafverfolgung auf zügige Verfahren an. Wo immer möglich, sollte "die Strafe der Tat unmittelbar auf dem Fuß folgen". Wir werden deshalb die Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und sachlich besser ausstatten und sie durch qualifizierende Maßnahmen sowie durch Modernisierung ihres Arbeitsumfeldes leistungsfähiger machen.

Strafvollzug in einem demokratischen Staat erfüllt seine Aufgabe nur dann, wenn er die Allgemeinheit schützt und dem Gefangenen den Weg zurück in ein selbstverantwortetes und sozial verantwortliches Leben eröffnet. Die materiellen und personellen Rahmenbedingungen dafür zu verbessern, wird zu den wichtigsten Aufgaben dieser Legislaturperiode gehören.

Wir werden deshalb in den Justizvollzugsanstalten Brandenburgs die Zahl der Haftplätze wesentlich erhöhen und die vorgesehenen Neubauvorhaben mit größtem Nachdruck vorantreiben. Nicht minder wichtig sind der Ausbau des Berufsbildungszentrums und berufsbildende Maßnahmen im Jugendstrafvollzug. Im Justizvollzug werden wir zusätzliches Personal einstellen und die Aus- und Fortbildung intensivieren. Wichtige Aufgaben bei der Durchführung des Vollzugs und bei der gesellschaftlichen Wiedereingliederung der Gefangenen nehmen die ambulanten Sozialen Dienste der Justiz und die Freien Träger der Straffälligenhilfe wahr.

Eine große politische Herausforderung sind der Rechtsradikalismus und der Neonazismus.

Wir werden die Gewalttäter und ganz besonders ihre Rädelsführer unter Kontrolle halten; das heißt vor allem: sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Hier muß die Demokratie wehrhaft sein:

Wir werden Vereinsverbote aussprechen, Veranstaltungen von Extremisten verbieten und ihre konspirativen Treffen verhindern. Darüber hinaus prüfen wir eine Gesetzesinitiative, um die Verbreitung nationalsozialistischer Gedankengüter und Veranstaltungen mit diesem Ziel unter Strafe zu stellen.

Rechtsradikale Gewalt richtet sich in der Regel gerade gegen die Schwächeren in unserer Gesellschaft; allzu oft gegen Menschen schwächeren Rechtes, unsere ausländischen Mitbürger, vor allem gegen diejenigen, die bei uns Asyl vor Gewalt und Verfolgung gesucht haben. Wir treten deshalb dafür ein, in dem faktischen Einwanderungsland Deutschland durch ein neues Einbürgerungs- und ein Einwanderungsrecht klare rechtliche Grundlagen zu schaffen, die die Menschenwürde wahren und zugleich sozial und wirtschaftlich verträglich sind.

V.

Die ausgewogene Entwicklung Brandenburgs in allen seinen Teilen wird uns nur dann gelingen, wenn staatliche Verwaltungen, vor allem aber die Kreise und Kommunen, schnell, effektiv und selbstverantwortlich auf die Herausforderungen ihrer Region reagieren.

Die Schaffung größerer kommunaler Verwaltungseinheiten in der ersten Legislaturperiode hat die kommunale Selbstverwaltung gestärkt und war Voraussetzung für die innere Reform der Verwaltung, die nun vor uns liegt.

Orientiert an den Empfehlungen der "Regierungskommission Funktionalreform" wollen wir so weit wie möglich Aufgaben, Kompetenzen und Finanzmittel dezentral - auf der unteren Ebene der zweistufigen Verwaltung bündeln und dort wo es sinnvoll ist, die Privatisierung bisher öffentlicher Leistungen vorantreiben.

Die gesamte Verwaltung benötigt einen kräftigen Innovationsschub. Die Landesregierung baut ein hochmodernes kommunikationstechnisches Verwaltungsnetz auf, mit der Möglichkeit der Vernetzung mit den Kommunen. Es wird auch auf kommunaler Ebene viele Verwaltungsvorgänge vereinfachen und beschleunigen helfen.

Moderne Technik erfüllt ihren Zweck jedoch nur in modernen Strukturen: Deshalb wird die Landesregierung ein modernes Leitbild staatlichen Verwaltungshandelns entwickeln und umsetzen; dessen Leitgedanken sind: Selbstverwaltung und Selbstverantwortung, Nutzung moderner Technologie und ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis. Dazu gehört die Delegation von Verantwortung auf selbstbewußte, gut ausgebildete Mitarbeiter.

Aufgaben und Qualität staatlichen Handelns müssen sich definieren, messen und vergleichen lassen. Viele Kommunen haben hier bereits eigene Konzepte entwickelt, die unsere Unterstützung haben.

Effektives Verwaltungshandeln wird durch möglichst wenige Gesetze und Verordnungen sowie durch vereinfachte Normen und Standards erleichtert. Hier werden wir die Erfahrung der Kommunen nutzen.

Eigenverantwortung der Kommunen setzt neben der Übertragung von Aufgaben auch die erforderlichen Finanzmittel voraus. Die bisherigen zweckgebundenen Fördermittel werden wirtelweise durch eine Investitionspauschale mit globaler Zweckbestimmung ersetzen, um die Investitions- und Finanzkraft der Kommunen zu stärken. Sie können damit unabhängiger, schneller und beweglicher auf die individuellen Anforderungen ihrer Regionen reagieren. Grundlage werden übergreifende kommunale Entwicklungskonzeptionen sein, die die zentralörtlichen Funktionen berücksichtigen.

Das Land beabsichtigt überdies, soweit EG- und Bundesnormen dies zulassen, die Vergabe von Fördermitteln zu vereinfachen und zu dezentralisieren.

An der Ostgrenze Deutschlands und der Europäischen Union gelegen hat Brandenburg Chancen, die sich aus einer engen gutnachbarlichen Zusammenarbeit mit Polen und unseren östlichen Nachbarn ergeben.

In unserem Verhältnis zu Polen sind die Weichen gestellt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist in Gang gekommen. Euroregionen haben sich gebildet und ihre Arbeit aufgenommen. Die Europa-Universität Viadrina entwickelt sich zu einer Stätte des wissenschaftlichen, kulturellen und persönlichen Austausches. Die ersten deutschen und polnischen Schüler lernen zusammen. Eine gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat ihre Arbeit aufgenommen. Das Klima hat sich spürbar verbessert, es ist realistischer und sachorientierter geworden.

Jetzt kommt es darauf an, diese Arbeit fortzuentwickeln. Wir müssen mit Phantasie und Realismus gemeinsam Lösungen finden. Wir sind gefordert, bestehende Probleme, wie die unerträglichen Grenzstaus, Schritt für Schritt zu lösen und noch bestehende Vorbehalte und Vorurteile abzubauen.

Auch die Beziehungen zu anderen östlichen Nachbarn wollen wir ausbauen. Wir müssen jedoch unsere Kräfte auf Schwerpunkte konzentrieren. Soweit Entwicklungen vorhersehbar sind, werden die Beziehungen zu Weißrussland und zu einzelnen Regionen in der russischen Föderation, in der Ukraine und in China besondere Bedeutung gewinnen.

Schon heute steht die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten mit dem Ziel der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung dieser Region auf der Tagesordnung. Hier bringen die nächsten Jahre wichtige Weichenstellungen. Auf der Regierungskonferenz 1996 geht es nicht nur um Zusammenhalt und strukturelle Stabilisierung der Europäischen Union, sondern auch um ihre Fähigkeit zur Integration der östlichen Nachbarn. Brandenburg wird dieses Ziel der deutschen Politik mit allem Nachdruck unterstützen.

Die Europäische Union hat den Umwandlungsprozeß in den ostdeutschen Ländern von Anfang an engagiert und tatkräftig begleitet. Der gemeinsame Markt bietet unserer Industrie große Chancen, er hat aber auch den Wettbewerb verschärft. Investitionen aus anderen Ländern der Union und Fördermittel aus Brüssel helfen uns bei dem notwendigen Umbau unserer Wirtschaft. Viele Probleme lassen sich nur gemeinsam mit der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten der Union lösen. Brandenburg muß deshalb nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel präsent sein. Immer mehr Bereiche der Landespolitik werden durch europäische Entwicklungen und Entscheidungen beeinflusst. Darauf müssen wir uns einstellen, daran müssen wir mitwirken und dies auch unseren Bürgern verständlich machen.

Dies gilt auch für die globalen Probleme. Wir leben heute in "Einer Welt". Die Vernichtung des Tropenwaldes zum Beispiel kann uns nicht gleichgültig lassen, die Klimaveränderung betrifft auch uns.

Wir werden die Chancen unserer geographischen Lage und guten Beziehungen zum Osten Europas nur wirksam nutzen können, wenn wir es nicht gegen oder neben, sondern mit Berlin gemeinsam versuchen, wenn wir die Metropole Berlin als eines unserer Potentiale begreifen. Berlin ist eben nicht das Loch in der Mitte von Brandenburg, sondern einer seiner wesentlichen Entwicklungsfaktoren.

Ob Arbeitsmarkt oder Wirtschaftsförderung, ob Verkehrsanbindung oder Energiewirtschaft, ob Verbrechensbekämpfung oder Schulpolitik, ob Krankenhausplanung oder Hochschulorganisation und nicht zuletzt die Planung sowie Gestaltung der Gesamtregion als Lebensraum - all das kann mit optimalen Ergebnissen für die Menschen nur bei einer engen verbindlichen Zusammenarbeit und der Bündelung der Kräfte der beiden kleinen Länder Brandenburg und Berlin erreicht werden.

Konkurrierendes Nebeneinander von Brandenburg und Berlin verringert unsere Chancen und vergeudet ein Entwicklungspotential, das Experten mit einem Qualitätssprung berechnen, bei dem mindestens 70.000 neue Arbeitsplätze entstehen können.

Politisch verantwortbares Handeln kann deshalb in unserer Region nur den Weg engster Zusammenarbeit von Brandenburg und Berlin gehen. Dabei gibt es entweder ein enges Vertragsgeflecht mit etwa 90 einzelnen Kooperationsverträgen oder die Zusammenführung beider Länder zu einem neuen Land.

Die Landesregierung hält die Bildung eines neuen Landes Brandenburg mit Berlin für den effektiveren, klareren und sparsameren Weg. Deshalb werden wir die Bemühungen um einen Neugliederungsstaatsvertrag weitertreiben.

Nächster Schritt ist die Fortsetzung der Verhandlungen mit Berlin mit dem Ziel der Sicherung Brandenburger Interessen und der finanziellen Handlungsfähigkeit des neuen Landes Brandenburg mit Berlin. Die Landesregierung hat am 15. November Bereiche festgelegt, in denen weitere Verhandlungen notwendig sind.

Wir werden den Landtag und die Bevölkerung ständig informieren und bitten um konstruktive und kritische Mitarbeit. Alle Fragen müssen gründlich bedacht werden. Zugleich wissen wir, daß Verzögerungen positive Entwicklungen aufschieben. Deshalb wollen wir gemeinsam mit dem Landtag den Zeitpunkt herausfinden, zu dem nach einer Erledigung der noch nötigen Klärungen die Parlamente und schließlich die Wählerinnen und Wähler entscheiden können.

Ich hoffe sehr, daß dies im Laufe des Jahres 1995 möglich wird. Und ich bin sicher, daß schon allein die Tatsache einer Entscheidung für das neue Land Brandenburg mit Berlin uns einen kräftigen Entwicklungsschub bringt, der allen zugute kommt, die hier leben.

VI.

Die Fülle der vor uns liegenden Aufgaben, um den Menschen dieses Landes gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland, Arbeit und Wohnen, Sicherheit und Menschenwürde zu gewährleisten, ist riesengroß. Manche beschleichen Zweifel, ob es gut gelingen kann.

Wir schaffen es nur gemeinsam, wenn wir alle in diesem Parlament, in der Landesregierung und der Justiz, zusammen mit allen gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen unseren Beitrag zum Aufbau unseres Landes leisten. Allein die Politik wird es nicht bewältigen. Wir brauchen die Kreativität und den Sachverstand aller.

Ich setze auf die Unterstützung der Gewerkschaften, Kammern und Verbände bei dem weiteren Aufbau der Wirtschaft und der Schaffung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen. Und ich vertraue weiterhin auf die aktive Unterstützung durch die Arbeitsämter und Sozialversicherungen.

Von den Kirchen und der Jüdischen Gemeinde wünsche ich mir partnerschaftlichen Rat bei der Bewältigung der elementaren Sorgen und Ängste, die der kulturelle und soziale Umbruch den Menschen bereitet. Um diese Wirkungsmöglichkeiten zu stärken, werden wir gemeinsam staatsvertragliche Grundlagen herstellen.

Ich setze auf die Institutionen der politischen Bildung, die gerade in einer Zeit der vielfältigen Umgestaltung viel für die soziale Integration der Menschen, die Stärkung des demokratischen Engagements und des Vertrauens in den Rechtsstaat getan haben. Mir liegt deshalb besonders am Herzen, daß die Landeszentrale für politische Bildung das Netzwerk der Kommunikation über Politik weiter ausgestaltet und fördert, zu dessen Aufbau sie schon maßgeblich beigetragen hat. Damit sich Geschichte nicht wiederholt, ist neben all diesem

auch Gedenken notwendig. Im April des nächsten Jahres werden wir deshalb mit Gedenkveranstaltungen an die fünfzigste Wiederkehr des Kriegsendes und die Befreiung erinnern.

Wir brauchen das Engagement der Verbände und Vereine, von Künstlern, Sportlern und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen, die in Verfolgung ihrer Ziele auch das Wohl des Landes vor sich sehen.

Wir müssen die anderen Länder gewinnen, gemeinsam mit dem Bund unsere spezifischen Probleme zu lösen - und wenn es sein muß, im Bundesrat auch einmal gegen ihn.

Unserem Partnerland Nordrhein-Westfalen und Johannes Rau sei an dieser Stelle besonderer Dank gesagt für konkrete Hilfe und kontinuierliche Solidarität, die uns materiell und bundespolitisch starken Rückhalt bedeuten.

Alle diese Kräfte werden wir brauchen, vor allem aber setze ich auf die Brandenburgerinnen und Brandenburger: Auf Ihre Vernunft und Ihre Phantasie, Ihre Kreativität, und Ihren Bürgersinn und schließlich auf Ihre Bereitschaft, unsere Verfassung beim Wort zu nehmen und an den politischen Prozessen mitzuwirken, darauf kommt es vor allen Dingen an.

Setzen wir uns gemeinsam für Brandenburg ein, für ein Land, in dem jeder in Freiheit und sozialer Sicherheit leben und arbeiten kann. Gestalten wir unsere Heimat im Bewußtsein unseres Erbes und unserer Traditionen, in Verantwortung für die Gegenwart und die nächsten Generationen.

Arbeiten wir für unser Land - Brandenburg lohnt den Einsatz.